

## PRESSEMITTEILUNG

AmCham Germany zur potenziellen Erhebung von Autozöllen durch die USA

### **AmCham Germany fordert von USA und EU Lösung zur Vermeidung von möglichen Autozöllen**

Berlin, 13. März 2019 – Da Autozölle eine wirtschaftliche Gefahr für beide Seiten des Atlantiks bedeuten, fordert AmCham Germany den konstruktiven Dialog zwischen den USA und der EU zu verstärken – etwa innerhalb eines EU-US Freihandelsabkommens. Die aktuellen protektionistischen Handelsmaßnahmen seitens der US-Regierung haben zu Unsicherheit für deutsche und amerikanische Unternehmen geführt. Eine weitere Eskalation wäre für beide Wirtschaften schädlich.

Deutschland gehört zu den führenden Ländern, die direkt in den US-amerikanischen Automobilsektor investieren und so die amerikanische Wirtschaft stärken. Allein in 2017 produzierten europäische Automobilhersteller 2,9 Millionen Autos in den USA. Dies unterstreicht das Engagement deutscher und europäischer Automobilhersteller und Zulieferer im US-amerikanischen Markt.

Der europäische und deutsche Automobilsektor stellt keine Gefahr gegenüber der nationalen Sicherheit der USA dar. AmCham Germany ist überzeugt davon, dass die USA und die EU Lösungen finden können, die für beide Seiten nützlich sind, etwa innerhalb des WTO-Rahmens. AmCham Germany unterstützt außerdem die derzeitigen Gespräche zu einem potenziellen transatlantischen Freihandelsabkommen. Der Fokus dieses Abkommens sollte auf kurz- und langfristigen Zielen liegen, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, regelbasierte und gerechte Vereinbarung für beide Seiten setzen sollten.

Dazu sagt Frank Sportolari, Präsident von AmCham Germany: „Am Ende des Tages würden Zölle zu höheren Produktionskosten für die Autohersteller führen, die nicht nur an den Verbraucher weitergegeben werden würden, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Wirtschaft langfristig schwächen würden. Außerdem könnte die einseitige Auferlegung von Zöllen durch die US-Regierung Kettenreaktionen in Form von Gegenzöllen anderer Länder hervorrufen. Das würde die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft nachhaltig schwächen.“

Europäische Automobilhersteller beschäftigen direkt und indirekt mehr als 470.000 US-Amerikaner. Rund 60 Prozent der EU-eigenen Autos, die in den USA produziert wurden, werden in Drittländer importiert. Maßnahmen, die den Automobilunternehmen schaden, würden deshalb gleichzeitig die US-amerikanische Wirtschaft schwächen.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie:

**Katharina-Luise Kittler**

Manager, Communications

American Chamber of Commerce in Germany e.V.

[kkittler@amcham.de](mailto:kkittler@amcham.de)

+49 030 2130056 - 34

**Über AmCham Germany:**

Die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft. Sie fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der amerikanisch-deutschen Partnerschaft stehen. Dabei unterstützen wir aktiv die Interessen unserer Mitglieder durch unser Netzwerk in Wirtschaft, Politik und den AmChams weltweit. AmCham Germany ermöglicht interkulturelles Verständnis, Zusammenarbeit und neue Investitionen durch die Grundsätze eines transparenten Dialogs, freien Handels und eines wettbewerbsfähigen und offenen Wirtschaftsklimas.

Finden Sie uns auch online: [Twitter](#) / [Facebook](#) / [LinkedIn](#) / [YouTube](#)